


Erscheinungsdatum
22.03.2006

Medienart
Medientyp
Erscheinungsweise
Branche
Bundesland
Nielsengebiet
Printmedien
Tageszeitungen
täglich
nicht branchenspezifisch
Baden-Württemberg
Nielsen IIIb

Auftrags-Nr. 13366
Kunden-Nr. 10432
Thema-Nr. 783.005

Suchbegriff(e) Lutz Freitag (ab 1.2.01), GdW Bundesverband dt. Wohnungsunternehmen e.V.

Verlag Reutlinger General-Anzeiger Zeitungsverlags-GmbH & Co. KG, 72764 Reutlingen, Burgstraße 1-7, Tel.: 07121 3020, Fax: 07121 302600
E-Mail: gea@gea.de, URL: www.gea.de

Redaktion Reutlinger General-Anzeiger, 72764 Reutlingen, Burgstraße 1-7, Tel.: 07121 3020, Fax: 07121 302677
E-Mail: gea@gea.de, URL: www.gea.de

Publikation	Auflage*			Reich- weite (in Mio.)	Medien Nr.
	verkauft	verbreitet	gedruckt		
Reutlinger General-Anzeiger	42.589	44.909	45.955	0,12	1615
Gesamtauflage der Gruppe	42.589	44.909	45.955	0,12	

Quelle(n): * 1. IVW ** a. gewichtet

Energie – Die Wohnungswirtschaft erwartet auf dem Energiegipfel »grundlegende Weichenstellungen«

Ruf nach mehr Wettbewerb

BERLIN. Angesichts der hohen Strom- und Gaspreise erwartet die Wohnungswirtschaft von der schwarz-roten Bundesregierung auf dem Energiegipfel am 3. April »grundlegende Weichenstellungen«.

Dringend erforderlich seien Preistransparenz und Wettbewerb der Gas- und Stromversorger, forderten der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen sowie der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) am Dienstag in Berlin. »Im Zeitraum 2000 bis Ende 2005 sind die warmen Wohnnebenkosten um rund 45 Prozent gestiegen«, sagte GdW-Präsident Lutz Freitag. Um Kostenentlastungen messen zu können, bedürfe es der vollen Preistransparenz.

BBU-Präsident Ludwig Burkardt ergänzte: »Die Preiskalkulation der Versorger muss offen gelegt und nachprüfbar werden. Die Genehmigung der Netzentgelte muss sich an den Kosten des »bes-

ten« Unternehmens, das heißt des Unternehmens mit den niedrigsten Kosten, orientieren.« Mit Spannung werde erwartet, ob bis zum 1. Oktober entsprechend dem Energiewirtschaftsgesetz ein funktionierender Wettbewerb und ein kostensenkendes System der Energiedurchleitung geschaffen werde.

Nach Angaben von Freitag haben die 3 200 Unternehmen seines Verbandes seit 1992 mehr als 57 Milliarden Euro in die Modernisierung und weitere 63 Milliarden in Instandhaltung und Instandsetzung des Gebäudebestandes investiert. Damit könnten die Mieter Betriebskosten sparen.

»Es kann jedoch nicht sein, dass ein erheblicher Teil dieser Einsparwirkungen nun vom Anstieg der Energiekosten – auf nicht funktionierenden Märkten – aufgezehrt wird.« Damit werde der Anstieg der Nebenkosten fälschlicherweise der Wohnungswirtschaft angelastet, hieß es. (dpa)

